

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Inhaltsverzeichnis

- 1 Zirkuläre Migration**
DGVN-Fachtagung am
2.12.2008
- 3 Zirkuläre Migration aus
menschenrechtlicher
Sicht**
- 5 Mobile Arbeitswelten:**
Migrationsbericht 2008
- 6 Nach Doha: Entwick-
lungsfinanzierung auf
dem Prüfstand**
DGVN-Fachtagung am
5.12.2008
- 7 Experimente mit der
Zukunft unserer Töchter**
Frühreif durch belastete
Nahrung
- 9 Klimawandel und Ge-
schlechtergerechtigkeit**
- 10 Weltenergiebericht 2008**
- 11 Metropolis-Konferenz in
Bonn**
- 12 Heimat in der Fremde**
- 12 Weltbevölkerung auf
neuem Höchststand**
- 12 Weltgesundheitsbericht
2008**

Zirkuläre Migration

DGVN-Tagung am 2. Dezember 2008 in Berlin

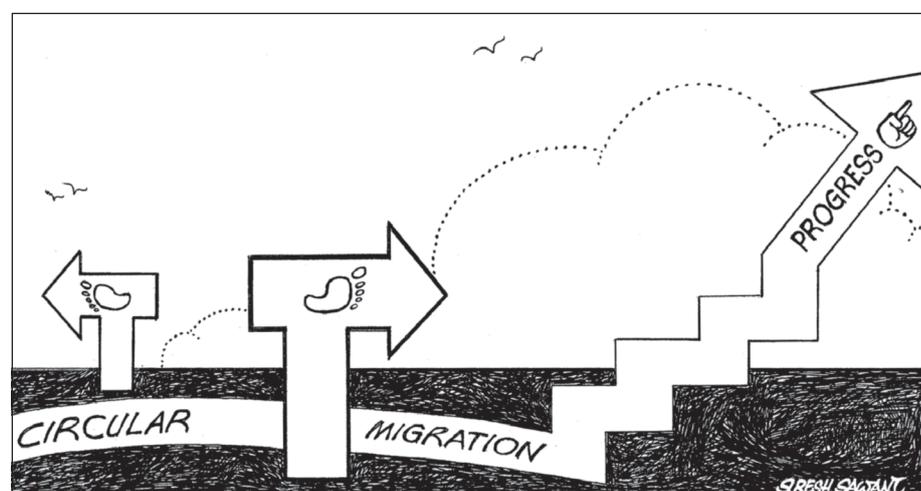
Im Spannungsfeld zwischen positiven Entwicklungswirkungen der Migration und dem Bedürfnis der Aufnahmeländer nach Steuerung der Zuwanderung hat das Konzept der zirkulären Migration an Beliebtheit gewonnen. Ob es dadurch tatsächlich gelingt, eine „Triple-Win-Situation“ für Herkunfts-, Aufnahmeländer und Migranten herbeizuführen oder ob nur eine einst fehlgeschlagene Gastarbeiterpolitik neu aufgewärmt werden soll, diskutierten Expertinnen und Experten Anfang Dezember 2008 auf einer Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) in Berlin.

Zirkuläre Migration gilt als vielversprechendes Konzept, sowohl für Herkunfts- als auch für Aufnahmeländer. Migranten sollen die Möglichkeit haben, zeitlich befristet und vielleicht auch mehrmals im Ausland zu arbeiten, wo ihre Arbeitskraft gebraucht wird, und dann in ihr Herkunftsland zurückkehren. Doch die positiven Wirkungen zirkulärer Migration treten nicht automatisch ein, sondern müssen politisch gestaltet werden. Wurden in der politischen Diskussion zunächst die Vorteile der zirkulären Migration für Entwicklungsländer betont, überwiegen mittlerweile die migrations- und sicherheitspolitischen Aspekte in den Aufnahmeländern.

Dabei ist es ein Hauptanliegen der Aufnahmeländer, die irreguläre Zuwanderung zu reduzieren.

Zirkuläre Migration in der EU-Politik

Im Europäischen Pakt für Einwanderung und Asyl, den die Staats- und Regierungschefs der EU im Oktober 2008 verabschiedet haben, wird die Förderung der zirkulären Migration ausdrücklich angesprochen. Verschiedene offene Fragen würden in der EU noch diskutiert, erläuterte Stefan Angenendt von der Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft



Suresh Sawant, Mumbai

und Politik (SWP). Dazu gehören zum Beispiel sinnvolle Zeiträume für die temporäre Zuwanderung. Derzeit sind zwischen ein und fünf Jahren im Gespräch. Wie Erfahrungen aus der Vergangenheit gezeigt haben, ist die „Wiederholungsoption“, d.h. die Möglichkeit für Migranten, in die Aufnahmeländer erneut zurückzukehren, hilfreich, um Migranten die Entscheidung zur Rückkehr zu erleichtern. In Deutschland habe 1973 der Anwerbestopp unbeabsichtigt dazu geführt, dass sich viele Gastarbeiter erst dann entschieden, zu bleiben. Rückkehrprämien hätten in vielen Fällen eher zu „Mitnahmeeffekten“ geführt. Eine Verzahnung der Rückkehrförderung mit entwicklungspolitischen Maßnahmen sei dagegen sinnvoll.

Um die Entwicklungswirkungen zirkulärer Migration zu stärken, gilt es, „Brain drain“, d.h. die Abwanderung fachlich qualifizierter Menschen, zu verhindern, zum Beispiel indem Aufnahmestaaten darauf verzichten, bestimmte Fachkräfte, vor allem aus dem Gesundheitsbereich, abzuwerben. Da bei der zirkulären Migration die Rückkehr der Migranten vorgesehen ist, wird davon ausgegangen, dass ihre Qualifikationen später auch wieder dem Herkunftsland zugute kommen.

Zustimmung und Ablehnung

Hinsichtlich der migrationspolitischen Vorstellungen der Politiker äußerte sich Peter Clever von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) skeptisch. Es sei kein Akt von Großmut, wenn ein Land wie Deutschland Zuwanderung ermögliche. Im Gegenteil: Zuwanderer müssten umworben werden. „Aber das tun wir nicht“, kritisierte Clever. Mehr Gelassenheit und Souveränität in der Migrationspolitik käme seiner Ansicht nach der deutschen Wirtschaft zugute und würde zum Beispiel den Personalaustausch innerhalb global agierender Unternehmen erleichtern. Clever sprach sich sogar dafür aus, in Bezug auf die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis Unternehmen entscheiden zu lassen, wer wo arbeiten solle – „damit ein VW-Mitarbeiter aus Brasilien die Zentrale in Wolfsburg kennen lernen kann.“ Dabei sollten die Unternehmen sicherstellen, dass der Staat nicht belastet werde.

Dem widersprach Frank Frühling, Leiter des Referates für Grundsatzangelegenheiten der Integration und des Zusammenwirkens der Kulturen im niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration. Denn es liege in der Verantwortung des Staates, migrationspolitische Rahmenbedingungen zu setzen. Insgesamt überwog bei Frühling der Pessimismus. Zwar könne nicht unterstellt werden, dass die deutsche Gastarbeiterpolitik der 70er Jahre aufgewärmt werden solle, aber faktisch, so meinte er, sei es doch so. Das Beispiel von damals habe gezeigt, dass zirkuläre Migration nicht funktioniere. Hochqualifizierte sähen z.B. keinen Anreiz, für drei Jahre nach Deutschland zu kommen. Die Zielgruppe, die mit Blick auf den Bedarf in Deutschland angesprochen werden soll, werde nicht erreicht. Andererseits: „Migranten bleiben, das haben wir gelernt.“ Deshalb sei ein wesentlicher Kritikpunkt an der EU-Kommissionspolitik, dass Integrationsmaßnahmen völlig fehlen.

Entwicklungspolitische Potenziale

Winfried Mengelkamp, Leiter der Arbeitsgruppe Internationale Zusammenarbeit im nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI), wies darauf hin, dass qualifizierte Fachkräfte aus Entwicklungsländern in Deutschland oft weit unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt würden. Dies bestätigte I.E. Delia Domingo Albert, Botschafterin der Republik der Philippinen in Deutschland. In den Philippinen gebe es viele ausgebildete, Englisch sprechende junge Leute, die der Arbeitsmarkt nicht aufnehmen könne. So hat sich die Arbeitsmigration zu einer Alternative entwickelt. Viele philippinische Migrantinnen arbeiten im Gesundheitsbereich, oft unter ihrer Qualifikation, oder als Haushaltshilfen. Nicht selten werden sie Opfer von Frauenhandel und Gewalt.

Während die Philippinen Menschen für die Migration ausbilden, kann die Situation und Interessenlage in anderen Ländern ganz anders sein. Dies machte Doris Witelner-Stiepelmann, Leiterin des Referats Migration und Reintegration im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), deutlich. So sei es zum Beispiel in Mali ein

großes Problem, dass hoch qualifizierte Menschen ins Ausland gingen und nicht wiederkämen. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Länder sei es wichtig, bilaterale Migrationsabkommen „maßzuschneidern“, in denen die Abwanderung und Rückkehr von Migranten geregelt ist.

Zirkuläre Migration in der Praxis

Kristof Tamas, Migrationsexperte in der Generaldirektion für Justiz, Freiheit und Sicherheit bei der Europäischen Kommission, zeigte auf, wie zirkuläre Migration in der Praxis funktionieren kann. Die Republik Moldau habe durch Migration viele qualifizierte Arbeitskräfte verloren. Den hohen Einnahmen aus Rücküberweisungen stünden also auch Nachteile gegenüber. Nun habe die Republik Moldau großes Interesse, Fachkräfte aus dem Ausland zurückzuholen. Im Rahmen der Mobilitätspartnerschaft mit 15 EU-Staaten werde diesem Anliegen Rechnung getragen.

Ein weiteres positives Beispiel sei ein Projekt zwischen Kolumbien und Spanien, das Saisonarbeiter vermittelt. Bernd Hemingway von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) konkretisierte, in welcher Hinsicht dieses Programm auf die Bedürfnisse der Migranten zugeschnitten ist. Es decke so wichtige Aspekte wie Steuervorteile und Sozialabgaben ab, und es strebt an, von wirtschaftlichen Zyklen zu profitieren. Ein anderes Modell für zirkuläre Migration sei ein Abkommen zwischen Guatemala und Kanada. Dort würden in Zusammenarbeit mit der Diaspora Rückkehrer gefördert, die qualifiziert sind, in bestimmten Bereichen der Entwicklung zu arbeiten und in Guatemala zum Beispiel das Verwaltungssystem aufzubauen.

Menschenrechte wahren

S.E. Carlos dos Santos, Botschafter der Republik Mosambik in Deutschland, sprach sich dafür aus, afrikanische Länder frühzeitig in die Formulierung politischer Handlungskonzepte einzubeziehen, damit sie ihre Sichtweisen einbringen können. Dieses solle nicht erst geschehen, wenn die Konzepte bereits erstellt worden seien. Besonders wichtig ist ihm der Schutz der Bürgerrechte von Migranten, wobei es keine

Rolle spiele, ob diese hoch qualifiziert oder weniger qualifiziert seien.

Katharina Spieß von Amnesty International machte deutlich, wie wichtig es ist, die Menschenrechte von Migranten zu schützen, und zwar sowohl in den Herkunfts-, als auch in den Transit- und Zielstaaten, und dies unabhängig vom legalen Status der Migranten. Sie nannte verschiedene Problemfelder, wo die Menschenrechte noch nicht ausreichend gewahrt sind (s. Beitrag S. 3).

Kein „alter Wein in neuen Schläuchen“

Peter Altmaier, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), betonte, dass das, was heute unter dem Stichwort zirkuläre Migration diskutiert werde, nichts mit der alten Gastarbeiterpolitik der 60er Jahre zu tun habe. Damals habe man sich eindimensional am wirtschaftlichen Interesse des Aufnahmelandes orientiert. Das Konzept der zirkulären Migration solle dagegen mehreren Interessen zugleich dienen. „Wenn wir mit legaler Arbeitsmarktmigration ein Instrument einführen, eröffnen sich für viel mehr Menschen neue Migrationsmöglichkeiten“, so Altmaier.

Mit einer Politik der zirkulären Migration müsste auch gegen die irreguläre Migration vorgegangen werden. Denn irreguläre Migration bedeute Ausbeutung, unwürdige Lebensverhältnisse und die Abhängigkeit von Schlepperorganisationen. Irreguläre Migration sei die „schlechteste aller Migrationsmöglichkeiten“ und



Suresh Sawant, Mumbai

müsse bekämpft werden. In bilateralen Verträgen könnten nun Schritt für Schritt die Erfahrungen gemacht werden, die für

eine umfassende Migrationspolitik nötig seien.

Christina Kamp

Zirkuläre Migration aus menschenrechtlicher Sicht

Beitrag zur DGVN-Fachtagung „Zirkuläre Migration“ am 2.12.2008 in Berlin

Aus menschenrechtlicher Sicht ist zirkuläre Migration solange unproblematisch, wie die Menschenrechte von Migranten geschützt werden, und zwar in allen Stadien der Migration, d.h. sowohl im Herkunftsstaat, als auch im Transitstaat und im Zielstaat. Inwiefern einige aktuelle Entwicklungen in der politischen Diskussion und in der Ausgestaltung des Konzepts jedoch bedenklich sind, erläuterte Katharina Spieß von Amnesty International auf der Fachtagung der DGVN zum Thema Zirkuläre Migration Anfang Dezember 2008 in Berlin (siehe vorstehenden Bericht).

Migranten sind durch die internationalen Menschenrechtsverträge umfassend geschützt. Insbesondere der UN-Zivilpakt und der UN-Sozialpakt gelten auch für Migrantinnen und Migranten, und zwar un-

abhängig von ihrem legalen Status in einem Staat. Ausnahme sind nur die Bürgerrechte, die an die Staatsangehörigkeit eines Menschen anknüpfen, wie z.B. das Recht auf Teilnahme an Wahlen.

Die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention

In jüngerer Zeit hat die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention diese Rechte für

Migrantinnen und Migranten zusammengefasst. Leider hat kein einziger EU-Staat diese Wanderarbeitnehmerkonvention ratifiziert. Das europäische Parlament hat erst vor kurzem noch einmal die EU-Staaten dazu aufgefordert, die Konvention zu ratifizieren.

Auch wenn sie nicht ratifiziert worden ist, kann die Wanderarbeitnehmerkonvention aber schon jetzt als Auslegungshilfe für die in anderen UN-Menschenrechtsverträgen verankerten Rechte dienen, da sie die schon existierenden Rechte für die Situation der Migranten konkretisiert. Insbesondere differenziert die Wanderarbeitnehmerkonvention zwischen unterschiedlichen Arten von Migranten und differenziert anhand dessen auch, welchen Umfang welche Rechte haben.

Zirkuläre Migration im Kontext der EU-Politik

Im Zusammenhang mit der aktuellen EU-Politik, insbesondere dem EU-Pakt für Einwanderung und Asyl, der im Herbst 2008 angenommen wurde, ist aus menschenrechtlicher Sicht das Konzept der zirkulären Migration bedenklich.

Zum einen wird zirkuläre Migration stark als ein Bestandteil für die Bekämpfung der illegalen Migration gesehen, insbesondere durch die Kooperation mit den Transit- und Herkunftsstaaten. Das bedeutet zum Teil auch die Verlagerung der Migrationskontrollen in Transit- und Herkunftsstaaten. Gleichzeitig wird immer wieder hervorgehoben, dass die Kontrolle der EU-Außengrenzen eine große Rolle spielen muss. Das bedeutet, irreguläre Migration muss an den EU-Außengrenzen bekämpft werden.

Zirkuläre Migration wird als Bestandteil der Bekämpfung der irregulären Migration diskutiert. Die Verantwortung für die Unterbindung von unregulierten Wanderungsbewegungen soll mit Transit- und Herkunftsstaaten geteilt werden. Zum Teil geht die Diskussion dahin, dass Quoten für zirkuläre Migration mit Rückübernahmeabkommen gekoppelt werden sollen.

Verlagerung von Migrationskontrollen in Drittstaaten

Diese Verlagerung der Migrationskontrollen in Drittstaaten kann zu Menschenrechtsverletzungen führen. Amnesty In-

ternational hat im Sommer 2008 einen Bericht vorgelegt, in dem die Situation in Mauretanien dokumentiert ist. 2003 schlossen Spanien und Mauretanien ein Kooperationsabkommen ab, mit dem sich Mauretanien verpflichtete, nicht nur mauretanische Staatsangehörige sondern auch Angehörige von Drittstaaten festzuhalten, die tatsächlich oder vermutlich versuchten, die spanische Küste zu erreichen. Außerdem ist durch diesen Vertrag Mauretanien verpflichtet, Migranten, die über Mauretanien nach Spanien eingereist sind, zurückzunehmen.

Spanien hat sich seinerseits verpflichtet, Mauretanien bei der Grenzkontrolle zu unterstützen. So sind ein Flugzeug und ein Hubschrauber auf mauretanischem Gebiet stationiert. Diese werden im Rahmen einer von der EU durchgeführten Operation zur Kontrolle der Grenzen eingesetzt.

Internierungslager in Mauretanien

Zur Durchsetzung seiner Verpflichtungen hat Mauretanien in Nouadhibou in einer alten Schule ein Internierungslager für tatsächliche oder vermutlich auswanderungswillige Migranten eingerichtet. Dieses Internierungslager ist 2006 von den spanischen Behörden renoviert und finanziert worden.

In diesem Internierungslager werden nach einer willkürlichen Festnahme Migranten für unbestimmte Zeit festgehalten und dann an die senegalesische, malische oder marokkanische Grenze abgeschoben. Zugang zu einem Richter zur Überprüfung der Haft haben die Migranten dabei nicht. Nach mauretanischem Recht ist die illegale Ausreise kein Straftatbestand.

Einige der Inhaftierten berichteten Amnesty International, dass sie nie die Absicht hatten, nach Europa zu reisen, und dass sie legal in Mauretanien wohnten. Dennoch sind sie in diesem Internierungslager gelandet. Die Bedingungen in dem Internierungslager sind erschreckend. Bis zu 300 Personen sind in der ehemaligen Schule in Klassenräumen untergebracht, von denen nur einige bewohnbar sind. Einige der dort inhaftierten Personen berichteten auch von Misshandlungen. Auch deswegen wird dieses Lager von Einheimischen „Guantanamo“ genannt.

Nach offiziellen Angaben waren dort im

Jahr 2007 3.257 Personen inhaftiert. Im Jahr 2007 schob Mauretanien ca. 11.000 Personen ab. Teilweise werden diese Personen im Grenzgebiet zu Mali, Senegal oder Marokko ohne ausreichende Nahrung oder Wasser ausgesetzt. Außerdem werden dorthin auch Menschen abgeschoben, die nicht die Staatsangehörigkeit dieser Staaten besitzen, so dass es auch zu Konflikten kommt.

Aus menschenrechtlicher Sicht ist es bedenklich, wenn EU-Staaten im Rahmen von bilateralen Migrationsabkommen und Mobilitätspartnerschaften die Migrationskontrolle in Transitstaaten verlagern, ohne aber gleichzeitig sicherzustellen, dass diese Transitstaaten in die Lage versetzt werden, ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. So gibt es kein Monitoring darüber, wie mit den Migranten umgegangen wird.

Frontex

Der europäische Rat unterstreicht immer wieder die Bedeutung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) für die Überwachung von Außengrenzen. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder dokumentiert, dass es im Rahmen der Operationen von Frontex zu Menschenrechtsverletzungen kommt. So hat Frontex bis heute keine klaren Regeln darüber, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird, die auf hoher See aufgegriffen werden. Frontex hat noch 2008 unterstrichen, dass es diese Flüchtlinge, die im Mittelmeer in der Nähe der libyschen Grenze aufgegriffen werden, nach Libyen zurückbringt, obwohl Libyen die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert hat und menschenrechtliche Standards in Libyen häufig verletzt werden. Aus völkerrechtlicher Sicht ist es aber anerkannt, dass die Staaten der EU geltende menschenrechtliche und flüchtlingsrechtliche Verpflichtungen überall dort haben, wo sie Hoheitsgewalt ausüben, d.h. auch auf den Schiffen im Mittelmeer.

Migration und Entwicklungszusammenarbeit

In der EU-Politik wird zunehmend auch von der Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit mit migrationspolitischen

Aspekten gesprochen. Das ist sicher sinnvoll, doch aus menschenrechtlicher Perspektive ist zu befürchten, dass diese Verknüpfung dazu führen kann, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr ausschließlich die Armutsbekämpfung im Mittelpunkt steht, sondern auch die unmittelbare Bekämpfung unregelmäßiger Wanderungsbewegungen nach Europa.

Das Migrationszentrum, das in Mali vor kurzem eröffnet wurde, wird zum Beispiel von der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds mit zehn Millionen Euro gefördert. Es geht dabei darum, Migranten über die Gefahren der illegalen Migration zu informieren. Ursprünglich war wohl angedacht, dass es auch eine Art Jobbörse sein sollte. Das hat sich nicht realisiert. Das Migrationszentrum ist ein Beispiel für die Tendenz, die Entwicklungszusammenarbeit auch für die Steuerung von Migrationsströmen zu nutzen.

Ausgestaltung zirkulärer Migration

Weiterhin gibt Anlass zur Sorge, dass die EU-Mitgliedstaaten im europäischen Pakt für Einwanderung und Asyl unterstrichen haben, dass Familienzusammenführung nur stattfinden soll, wenn die Aufnahmefähigkeit des Aufnahmestaates dies erlaubt und nachziehende Familienmitglieder über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Amnesty International befürchtet, dass der Status quo, der erreicht worden ist und der aus menschenrechtlicher Sicht das Minimum darstellt, dadurch unterminiert wird. Auch temporäre Migranten, d.h. Migranten, die „zirkulieren“, müssen insbesondere wenn sie länger hier bleiben, auch die Möglichkeit haben, ihre Familien nachzuholen.

Zur Ausgestaltung der zirkulären Migration soll es auch gehören, dass Personen, die illegal in der EU leben, ausnahmslos abgeschoben werden sollen. Es ist zu be-

fürchten, dass keine individuelle Prüfung mehr stattfinden kann und dass die sozialen Rechte illegaler Migranten ausgehöhlt werden.

Bei jeder Form der zirkulären Migration müssen die Menschenrechte der Betroffenen in allen Staaten, d.h. Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten, geachtet werden. Aus menschenrechtlicher Sicht erfordert dies auch eine Kooperation bzgl. der Rechte von Migrantinnen und Migranten. Daraus folgt für die EU-Staaten, dass sie unter anderem das Migrationsverfahren transparent und diskriminierungsfrei ausgestalten müssen, dass sie Migranten über ihre Rechte umfassend informieren müssen und dass sie unter Umständen auch eine Verfestigung des Aufenthalts zulassen müssen, wenn eine Rückkehr in den Herkunftsstaat nicht mehr möglich ist.

Dr. Katharina Spieß ist Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Deutschland.

Mobile Arbeitswelten

Migrationsbericht 2008

Um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden, wird die Menschheit immer mobiler. Jedes Land möchte planbar und vorhersehbar seine Nachfrage nach Arbeitskräften auf sichere, legale und humane Weise decken, heißt es im World Migration Report (WMR) 2008 der Internationalen Migrationsorganisation (IOM).

Der Bericht legt den Schwerpunkt auf die Steuerung der Mobilität von Arbeitskräften in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft. Es wird darin argumentiert, dass die Forderung nach mehr Effizienz in der Produktion als eine Reaktion auf den verschärften globalen Wettbewerb dazu geführt hat, dass Arbeitskräfte unabhängig von ihrem geographischen Standort in einer zunehmend vernetzten Arbeitswelt leben. Dies habe deutlich mehr Mobilität mit sich gebracht. Heute gibt es mehr als 200 Millionen internationale Migranten weltweit – zweieinhalbmal so viel wie noch im Jahr 1965. Die meisten Staaten sind gleichzeitig Herkunfts-, Transit- und Zielländer von Migranten.

Der Mobilitätsdruck wird zunehmen, wenn die Industrieländer, die bereits um hochqualifizierte Arbeitskräfte buhlen, auch immer weniger eigene, dringend benötigte ungelernete oder gering qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Denn in

den Industrieländern gibt es immer weniger Einheimische, die bereit sind, in Bereichen wie der Landwirtschaft, auf dem Bau, im Gastgewerbe oder als Haushalts-hilfen zu arbeiten. Zudem werden diese Länder in den nächsten 50 Jahren mit noch größeren Engpässen rechnen müssen, denn die Geburtenraten sinken. Ohne Einwanderung wird in den Industrieländern die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter bis 2050 um 23 Prozent zurückgehen. Im Gegensatz dazu wird zum Beispiel in Afrika die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter den Hochrechnungen zufolge von 408 Millionen im Jahr 2005 auf 1,12 Milliarden im Jahr 2050 zunehmen.

Nachteile für Entwicklungsländer

Die meisten Entwicklungsländer sind sich der Nachteile der umfangreichen Abwanderung für ihre Wirtschaft und Gesellschaft bewusst. Die Schaffung von Arbeitsplätzen

hat daher weiterhin oberste Priorität. Und doch suchen immer mehr Regierungen für ihre Arbeitskräfte zusätzlich auch Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt, um ihre Volkswirtschaften zu entwickeln.

Dabei ist es wichtig, die Arbeiterschaft weiterzuqualifizieren und die Rechte der Migranten ausreichend zu schützen. „Ein solcher Ansatz würde die grundlegende menschliche Sicherheit von Migranten gewährleisten, indem sie wirtschaftlich und gesellschaftlich besser abgesichert werden“, sagt Ryszard Cholewinski, einer der Redakteure des WMR 2008. Diese Absicherung würde sich auch auf die Familien der Migranten erstrecken, selbst wenn diese im Heimatland geblieben sind.

Für eine Steuerung der Migration

Aus Sicht der Zielländer werden verschiedene Optionen untersucht, um die geregelte Migration zu erleichtern und gleichzei-

tig die irreguläre Migration einzudämmen. Die Herausforderung für Einwanderungsländer besteht darin, geplante und berechenbare Handlungskonzepte im Bereich der Arbeitsmigration zu entwickeln, die auch ausreichend flexibel sind, damit sie ihren Bedarf an Arbeitskräften decken können. Derartige politische Handlungskonzepte seien in wirtschaftlichen Krisenzeiten

umso wichtiger, heißt es in dem Bericht. Die Asienkrise in den 1990er Jahren habe gezeigt, dass selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weiter ein struktureller Bedarf an Migranten bestehe. Die Menschheit bleibe also weiterhin „in Bewegung“.

Christina Kamp

World Migration 2008: Managing Labour Mobility in the Evolving Global Economy.

United Nations/International
Organization for Migration (IOM),
Genf, 2009.
560 Seiten. ISBN 9789290684053.

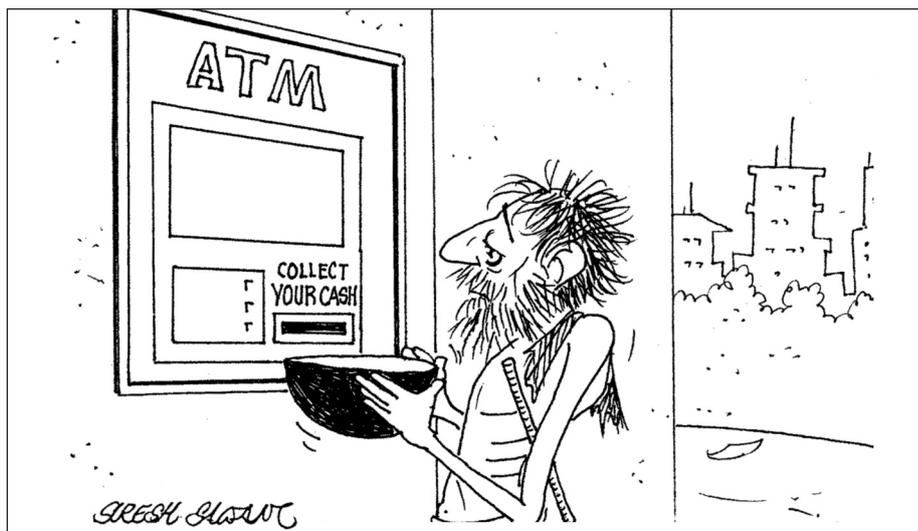
Perspektiven nach Doha

Fachtagung zur 2. UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Nur wenige Tage nach der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung Anfang Dezember 2008 in Doha zogen Vertreterinnen und Vertreter aus Regierung, UN-Organisationen und Zivilgesellschaft auf einer Veranstaltung der DGVN in Berlin über die Ergebnisse Bilanz. Die Bewertungen schwankten – je nach Erwartungen der Teilnehmer und Beobachter – zwischen Zufriedenheit und Enttäuschung.

Die erste Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2002 in Monterrey hatte vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Asien und Lateinamerika gestanden. Sie untersuchte Finanzierungsengpässe bei den Millenniums-Entwicklungszielen und brachte neue Finanzierungsmechanismen auf den Weg. Die Folgekonferenz Ende November in Doha fand angesichts der aktuellen Krisen unter veränderten Bedingungen statt als ursprünglich geplant. Durch die Ernährungs- und Energiekrise, den Klimawandel und die Umbrüche im Finanzsystem stehen nicht nur die Millenniums-Entwicklungsziele auf dem Spiel, sondern die Stabilität des gesamten globalen Wirtschaftssystems.

Die Konferenz zu verschieben hätte Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul jedoch für „ganz gefährlich“ gehalten. Denn in jeder Krise sei bisher die Entwicklungsfinanzierung zusammengeschnitten worden. Deshalb sei es wichtig gewesen, sich auf die in Monterrey eingegangenen Verpflichtungen festzulegen. Wenn nicht entgegengesteuert werden kann, könnte die Krise sich in Entwicklungsländern zu einer humanitären Krise fortentwickeln. Die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer seien bereits zurückgegangen, ebenso die Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer.



ATM = Automated Teller Machine, Geldautomat

Suresh Sawant, Mumbai

Bilanz und Bewertung

Die Entwicklungsministerin machte deutlich, wie wichtig es war, dass es in Doha einen Konsensbeschluss gegeben hat. „Der Wert liegt auch in der Einstimmigkeit“, so die Ministerin. Ein Fehler sei es gewesen, dass die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) mit dem Prozess nicht stärker verknüpft waren. Die Führungsspitzen beider Finanzinstitutionen glänzten in Doha durch Abwesenheit. Hochrangige Vertreter fehlten in vielen Delegationen, so dass auch die Medienaufmerk-

samkeit entsprechend gering war. Die Anwesenheit des simbabwischen Staatschefs Mugabe kam andererseits auch nicht gut an. Die Europäische Union habe in Doha eine gute Rolle gespielt: „proaktiv, über den eigenen Schatten springend und innere Differenzen überwindend“, so die Ministerin. Diese Einschätzung teilten auch Vertreter der Zivilgesellschaft. Laut Bernd Bornhorst vom katholischen Hilfswerk Misereor sei die Rolle der Ministerin in diesem Prozess nicht zu unterschätzen gewesen. Die Frage sei jedoch, wie lange der Konsens tragen werde.

Emissionshandel als Finanzierungsbasis

In Doha sei es gelungen, eine ganze Reihe von Themen aufzuwerfen, die vorher nicht auf der Tagesordnung standen, betonte Manuel Montes, Chefökonom im Sekretariat für Entwicklungsfinanzierung der Vereinten Nationen. So wurde um Gender-Fragen gerungen und es wurde diskutiert, wie sich Entwicklungshilfe-Ströme systematisch überwachen lassen. Innovative Finanzierungsmechanismen seien inzwischen stärker anerkannt. Deutschland habe den Vorschlag eingebracht, diese mit dem Klimawandel zu verknüpfen. Der Emissionshandel wird als eine mögliche Finanzierungsbasis gesehen.

Auf der ersten Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey war anerkannt worden, dass Entwicklung und Finanzierungsfragen nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. In Doha folgte die Erkenntnis, dass Entwicklung und Klimawandel ebenfalls untrennbar miteinander verbunden sind.

Als positives Beispiel für einen UN-Prozess nannte Montes das International Panel on Climate Change (IPCC). Beim Klimawandel gehe es um sehr wissenschaftlich-technische Erkenntnisse, die der IPCC liefert. Da jedoch die Finanzierung durch die UN erfolge, sei das Thema auf Regierungsebene gehoben worden. Wissenschaftliche Fragen müssen von politischen getrennt werden, so Montes.

Internationale Steuerkooperation

„Für jeden Dollar Entwicklungshilfe, der nach Afrika fließt, fließen mindestens fünf Dollar unter dem Tisch wieder ab“, meint John Christensen, Direktor des Tax Justice Networks. „Es sei an der Zeit, den Kampf gegen das Steueroasen-Monster aufzunehmen.“ Es müsse mehr gegen Kapitalflucht, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung getan werden. Dazu könnte zum Beispiel das Experten-Komitee zur internationalen Kooperation in Steuerfragen aufgewertet werden, wie es in Paragraph 16 der Erklärung von Doha vorgeschlagen wird. „Steuerprüfer ohne Grenzen“ seien eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Bekämpfung der Kapitalflucht

Zwar ist das Thema der Steuergerechtigkeit inzwischen ein wichtiger Punkt auf der Entwicklungsagenda, doch habe es Chancen gegeben, die ungenutzt geblieben sind. Kapitalflucht verhindert, dass einheimische Ressourcen für Entwicklung verloren gehen. In der Erklärung von Doha spiegelte sich die Bedeutung des Themas nicht ausreichend wider, meint Christensen, und es werde auch nicht spezifiziert, auf welche Weise die Anstrengungen verstärkt werden sollen, um mit Kapitalflucht, Steuerumgehung und Steuerhinterziehung umzugehen. Allerdings, so meint Ingrid-Gabriela Hoven, BMZ, seien die weitergehenden Prozesse oft wichtiger als das, was auf dem Papier stehe.

Global Economic Governance

Laut Thomas Fues vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn wurde in Doha ein Sandkasten geschaffen, aber machtpolitisch habe „nichts von Belang“ stattgefunden. Die Musik spiele nicht im institutionellen Rahmen der Vereinten Nationen. Die G7/G8 gebe es nicht mehr, mit den G20 sei handstreichmäßig eine neue Architektur geschaffen worden. „Wir erleben eine tiefgreifende Transformation der Global Governance-Architektur“ meinte Fues und warb dafür, das Potenzial dieser historischen Transformation zu erkennen. Eine Erweiterung von 8 auf 20 Länder klinge nicht nach viel, aber China und Indien seien nun Teil dieses neuen Koordinationsgremiums und globalen Abstimmungsprozesses, und das heißt, dass nun zwei Drittel der Weltbevölkerung darin vertreten sind.

Ausblick

Der größte Erfolg dieser Konferenz sei wohl gewesen, dass sie eine weitere Konferenz auf den Weg gebracht habe, so Social Watch-Direktor Roberto Bissio. Laut Corrigendum zur Doha-Deklaration soll nun eine hochrangige UN-Konferenz über die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklung stattfinden. Die entsprechenden Modalitäten sollen spätestens bis März 2009 festgelegt werden. *Christina Kamp*

Weitere Informationen im Internet:

www.un.org/esa/ffd/doha/

Experimente mit der Zukunft unserer Töchter

Frühreif durch belastete Nahrung

*In vielen Teilen der Welt gibt es Hinweise darauf, dass Kinder immer früher in die Pubertät kommen, was gravierende Auswirkungen auf ihre physische und psychische Entwicklung hat. In den USA, Australien und Großbritannien ist jedes sechste achtjährige Mädchen bereits in der Pubertät. Noch vor einer Generation war es nur ein Prozent der Achtjährigen. Auch immer mehr Jungen sind extrem frühreif, hier ist es im Schnitt jeder zehnte. **Nikhila M. Vijay** untersucht die möglichen Ursachen und Folgen.*

Für M.J. Mary war es eine traumatische Erfahrung, als eine ihrer Zweitklässlerinnen während des Unterrichts zum ersten Mal ihre Menstruation (Menarche) bekam. „Wie soll ein kleines Mädchen von sechs Jahren mit einer solchen Situation umgehen, mit der selbst die älteren Mädchen

Schwierigkeiten haben? Ich habe schon an vielen Schulen gearbeitet, aber so etwas kam noch nie vor“, erzählt die Grundschullehrerin. An ihrer Schule im südindischen Kerala habe es jedoch bereits zuvor schon zwei solcher Fälle gegeben. „Alle diese Kinder kommen aus Paadi, wo ihre Eltern

auf den Teeplantagen arbeiten. Die Pestizide, die auf den Plantagen gespritzt werden, könnten dafür mitverantwortlich sein“, vermutet die Lehrerin. Denn viele der Kinder aus dieser Gegend leiden an einer ganzen Reihe von Krankheiten, angefangen von Hautkrankheiten bis hin zu Krebs.“

Störungen des Hormonsystems

Dieses Beispiel aus Südindien ist kein Einzelfall. Die extreme Frühreife junger Mädchen lässt sich mittlerweile in vielen Teilen der Welt feststellen. Bislang ist nicht wissenschaftlich bewiesen, worauf dieser Trend zurückzuführen ist, doch eine verbreitete These ist, dass es chemische Verbindungen in Nahrungsmitteln sind, die Störungen des Hormonsystems verursachen. Es sind Substanzen, die weibliche Sexualhormone (Östrogene) imitieren und zum Einsetzen der Pubertät führen. John Peterson Myers, Co-Autor des Buches 'Our Stolen Future', bestätigt, dass bereits Belastungen des Fötus im Mutterleib die sexuelle Entwicklung des Kindes beschleunigen oder verlangsamen können. Fettleibigkeit und Hormonbelastungen in Nahrungsmitteln tragen ebenfalls dazu bei.

Folgen verseuchter Nahrungsmittel

1973 nahmen Tausende Einwohner in Michigan Nahrungsmittel zu sich, die durch ein Flammenschutzmittel verseucht waren. Später brachte man damit das verfrühte Einsetzen der Menstruation bei jungen Mädchen in Verbindung. 1979 beschrieb die medizinische Fachzeitschrift „The Lancet“, dass bei Hunderten von italienischen Schulmädchen stark vergrößerte Brüste auftraten, was vermutlich auf Ös-

trogenverunreinigungen in Rindfleisch und Geflügel zurückzuführen war.

Seit etwa zwei Jahrzehnten wird in Puerto Rico eine „Epidemie“ verfrühter Pubertät bei sehr kleinen Mädchen im Alter von unter vier Jahren beobachtet. Dafür werden verschiedene Gründe genannt. Erstens bekamen die meisten dieser Kinder Baby-nahrung auf Soja-Basis, die Phyto-Östrogene enthält. Eine andere Studie führte das Problem auf Hühnerfleisch mit überdurchschnittlich hohen Hormonrückständen zurück, eine weitere auf Phthalate, universell eingesetzte chemische Weichmacher.

In Belgien stellten Forscher fest, dass bei Kindern, die aus Ländern wie Indien oder Kolumbien eingewandert waren, mit 80mal größerer Wahrscheinlichkeit die Pubertät frühzeitig einsetzte. Blutproben zeigten, dass 21 von 26 frühreifen Einwandererkindern hohe DDT-Werte hatten. DDT, ein Pestizid, das nach dem Stockholmer Übereinkommen eigentlich verboten ist, wird in Entwicklungsländern – insbesondere zur Malariabekämpfung auch mit Zustimmung der WHO (siehe Kasten) – nach wie vor eingesetzt. Indien ist das Land, in dem am meisten DDT über Nahrungsmittel aufgenommen wird.

Belastete Muttermilch

Auch inwieweit die Eltern Chemikalien ausgesetzt sind, hat zentralen Einfluss darauf, ob die Pubertät bei Kindern zu früh

einsetzt. Eine Studie von Dr. Walter Rogan, einem Epidemiologen am US-amerikanischen National Institute of Environmental Health Sciences, zeigt, dass Jungen, die durch die Muttermilch mit DDE (einem Abbauprodukt von DDT) belastet waren, und Mädchen, die auf gleichem Weg Polychloriertes Biphenyl (PCB) aufnahmen, schwerer waren als ihre Altersgenossen, die mit diesen Substanzen nicht in Berührung kamen. In der Studie wurde ebenfalls herausgefunden, dass Mädchen, die im Mutterleib PCB ausgesetzt waren, frühzeitig in die Pubertät kommen.

Pestizide und Herbizide sind eine Hauptquelle von Stoffen, die das Hormonsystem stören. Kommerzielles Rindfleisch und pasteurisierte Milchprodukte sind durchgängig hochgradig mit schwer abbaubaren Stoffen belastet, die Störungen des Hormonsystems verursachen. Wachstumshormone können die Gewinne in der Milch- und Fleischindustrie steigern und die Wartezeiten verkürzen. Das Gleiche gilt in der Geflügelbranche. 1990 entschied die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA), eine Verdopplung der bei Rindern erlaubten Hormongaben zu genehmigen. Bei der Lachszucht wird eine ganze Reihe von Medikamenten, Chemikalien und Hormonen eingesetzt und in Schalentieren konzentriert sich Kadmium, ein Schwermetall, das ebenfalls das Hormonsystem stört. Tiefseefisch ist dagegen vergleichsweise ungefährlicher. Kinder, die regelmäßig hormonbelastetes Fleisch zu sich nehmen, sind verstärkt Östrogenen ausgesetzt.

Das einzige konventionelle Medikament bei zu früh einsetzender Pubertät ist Lupron. Dieses gefährliche Medikament hat 265 mögliche Risiken und Nebenwirkungen, darunter auch Krebs, Zittern, Krämpfe und Gedächtnisverlust. Mit ganzheitlichen Heilmethoden wie der traditionellen chinesischen Medizin, der Naturheilkunde, Homöopathie, Chiropraktik und anderen Ansätzen kann man Kindern helfen, ihr Hormonsystem wieder „auf Kurs“ zu bringen.

Folgen verfrühter Menarche

Die verfrühte Menarche bringt viele gesundheitliche und gesellschaftliche Komplikationen mit sich. Einige besonders

Das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe

Mit dem Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe, der so genannten „POPs Convention“, die im Mai 2004 in Kraft trat, wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der das weltweite Verbot von besonders gefährlichen Chemikalien („dirty dozen“) zum Ziel hat. Dieses „dreckige Dutzend“ umfasst eine Reihe von Pflanzenschutzmitteln und Industriechemikalien sowie unerwünschte Nebenprodukte wie hochgiftige Dioxine und Furane, die in Produktions- und Verbrennungsprozessen entstehen. Sie zeichnen sich durch Langlebigkeit, Bioakkumulation, Öko- und Human-toxizität aus und haben das Potenzial zum Ferntransport in Wasser, Boden und Luft. In den Industrieländern sind die Produktion und der Einsatz dieser Chemikalien bereits verboten oder weitestgehend reguliert. Anders ist dies in Entwicklungsländern und in verschiedenen osteuropäischen Staaten. Dort werden diese Chemikalien weiterhin als Pestizide oder in Holzschutzmitteln eingesetzt. Polychlorierte Biphenyle (PCBs) sind in Transformatoren weit verbreitet. Dioxine und Furane gelangen in hohen Konzentrationen oftmals völlig ungefiltert in die Luft, z.B. durch die offene Verbrennung von Müll.

-ck-

beunruhigende Konsequenzen der zu früh einsetzenden Pubertät bei Mädchen sind Unregelmäßigkeiten bei der Regelblutung, das nachgewiesene Brustkrebs-Risiko vor und nach der Menopause sowie Gebärmutterkrebs und Unfruchtbarkeit. Bei Jungen kann eine zu früh einsetzende Pubertät die Gefahr erhöhen, an Hodenkrebs zu erkranken, sie kann die Fruchtbarkeit herabsetzen und wachstumshemmend wirken, was zu einer geringeren Körpergröße führt.

Kinder, die zu früh in die Pubertät kommen, erfahren häufiger psychischen Stress, sind in schlechter psychischer Verfassung, haben mehr Verhaltensprobleme und die Gefahr ist größer, dass sie rauchen, trinken, einen niedrigeren IQ haben und eher Selbstmord begehen. In Studien wurde herausgefunden, dass Mädchen, die früher in die Pubertät gekommen sind, tendenziell auch früher sexuell aktiv sind und stärker dem Risiko ausgesetzt sind, ungewollt schwanger zu werden. Die meisten solcher Schwangerschaften enden mit einer Abtreibung. Junge Menschen, die die Schule verlassen, um ihre Kinder großzuziehen, haben schlechtere Chancen im Leben. Jungen sind häufig aggressiver, gewalttätiger, haben Lernschwierigkeiten und konsumieren mehr Alkohol und Drogen.

Da die langfristigen Konsequenzen der verfrühten körperlichen Entwicklung noch nicht bekannt sind, ist es wichtig, Kinder nach Möglichkeit davor zu schützen. Dabei

WHO-Position zum Einsatz von DDT

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) befürwortet weiterhin den Einsatz von DDT zur Kontrolle von Krankheitsüberträgern wie Moskitos, insbesondere in den ärmsten von Malaria betroffenen Ländern. Dabei soll der Einsatz des Giftes auf Innenräume beschränkt sein. Der großflächige Einsatz wird nicht mehr empfohlen.

Schränken Länder den Einsatz von DDT unter dem Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe ein, sollte dies durch technische und finanzielle Mechanismen flankiert sein, um eine wirksame Bekämpfung der Malaria weiterhin sicherzustellen, heißt es in einem Positionspapier der WHO aus dem Jahr 2005. Durch den Wechsel zu anderen Methoden dürfe sich weder das Übertragungsrisiko erhöhen noch dürfe dies auf Kosten anderer wichtiger Gesundheitsmaßnahmen gehen. Es sollten Methoden ins Auge gefasst werden, die weniger auf Pestizide im Allgemeinen und DDT im Besonderen setzen.

Trotz der bekannten Risiken erlaubt das Stockholmer Übereinkommen im Rahmen der Vorgaben der WHO zur Kontrolle von Krankheitsüberträgern weiterhin die Herstellung und den Einsatz von DDT. Das Gift darf weiter verwendet werden, wenn der entsprechende Vertragsstaat das Sekretariat des Stockholmer Übereinkommens darüber informiert hat, dass er DDT weiterhin herstellen oder einsetzen will.

Weitere Informationen im Internet:
 Frequently asked questions on DDT use for disease vector control:
www.who.int/malaria/docs/FAQonDDT.pdf
www.rbm.who.int

-ck-

hilft es, den Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten einzuschränken bzw. nur hormonfreie Nahrung aus gesunder Produktion zu verwenden. Es hat sich gezeigt, dass Kinder, die vegetarisch ernährt werden, deutlich später in die Pubertät kommen.

Nikhila M. Vijay
Nikhila M. Vijay studiert im Masters Programm medizinische Gerätetechnik in Coimbatore, Indien, und beschäftigt sich als freie Autorin mit gesellschaftspolitischen Aspekten des indischen Gesundheitswesens.

Übersetzung: Christina Kamp

Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit

Frauen als Opfer und Akteurinnen

Frauen sind nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern können auch starke Akteurinnen sein, wenn es darum geht, sich den Auswirkungen des Klimawandels auf lokaler Ebene anzupassen oder nach klimabedingten Naturkatastrophen am Wiederaufbau mitzuwirken. Auch spielen Frauen bei der Erhöhung der Energieeffizienz und im Bildungsbereich eine wichtige Rolle. Dies sind nur einige der Gründe, warum Geschlechter-Perspektiven im Kampf gegen den Klimawandel stärker berücksichtigt werden müssen, meinten Gender-Expertinnen und Experten auf einer Tagung von Womnet e.V. und der Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (genanet) Anfang November 2008 in Bonn.

Auf allen Ebenen müssten Frauen bei Umweltentscheidungen aktiv einbezogen werden, betonte Waltraut Dahs, Referatsleiterin für internationale Frauenpolitik im Bundesministerium für Familie, Senio-

ren, Frauen und Jugend. Denn die Mehrheit der Armen seien Frauen und sie seien vom Klimawandel am stärksten betroffen. Bei Naturkatastrophen wie Überschwemmungen hat sich gezeigt, dass Frauen be-

sonders gefährdet sind, da sie oft nicht schwimmen oder auf Bäume klettern können. Ulrike Röhr, Projektleiterin der Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit/LIFE (genanet) in Berlin, machte deutlich,

Auf dem Weg zu einem Kyoto-Nachfolgeabkommen nach 2012

Auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (COP 15 von UNFCCC) und der 5. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls (MOP 5) im November 2009 in Kopenhagen soll der Rahmen für die globale Klimapolitik ab 2012 abgesteckt werden. Bis 2012 gelten noch die unter dem Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen. Die Klimaverhandlungen in Kopenhagen sollen konkrete Reduktionsziele klimaschädlicher Treibhausgase für die Zeit nach 2012 beschließen und langfristige gemeinsame Handlungswege zur Eindämmung der Klimaerwärmung festlegen.

Weitere Informationen im Internet:

www.klimawandel-bekaempfen.de

dass bei Frauen ihre passive Rolle als Opfer von Katastrophen häufig im Mittelpunkt steht. Selten aber würden Geschlechterverhältnisse in den Blick genommen. Die Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit verweist auf notwendige Neuorientierungen bezüglich des Zugangs zu und der Verteilung von Ressourcen und der Rolle von Frauen bei gesellschaftlichen Basisaufgaben. Mit dem Klimawandel wird die Frage der Gerechtigkeit erneut und als gesellschaftliche Herausforderung aufgeworfen.

Wirkungen des Klimawandels auf die Lebenssituation von Frauen

Am Beispiel Südäthiopien zeigte Minu Hemmati, Vorstandsmitglied des internationalen Netzwerks „GenderCC – Women for Climate Justice“, wie sich klimabedingte Katastrophen auf die Situation von Frauen und Mädchen auswirken. Angesichts der anhaltenden Dürre brauchen sie jetzt zwei Tage, um Wasser zu beschaffen, während es früher „nur“ drei Stunden waren. An diesen Tagen können die Mädchen nicht mehr zu Schule gehen. Wenn endlich Wasser da ist, wartet die Familie nicht mehr, bis es abgekocht ist, was Aus-

wirkungen auf ihre Gesundheit hat. Die Referentin plädierte für Systemveränderungen, d.h. Veränderungen von Institutionen und Strukturen, aber auch von Individuen und ihren Werthaltungen, von Beziehungen zwischen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen. Denn innerhalb des gegenwärtigen Systems werde es nicht gelingen, Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit oder Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

Anpassung an den Klimawandel

Anhand weiterer Beispiele bestätigte auch Irene Dankelman von der Women's Environment & Development Organization (WEDO), dass der Klimawandel sich nicht gender-neutral auswirkt. Durch Naturkatastrophen sinke die Lebenserwartung von Frauen stärker als die von Männern. Der Klimawandel unterscheide sich in dieser Hinsicht nicht von anderen Katastrophen. Je höher der sozioökonomische Status von Frauen sei, desto geringer seien aber die Auswirkungen. Es gebe weiteren Forschungsbedarf, um die Gender-Dimensionen des Klimawandels besser zu erfassen. Dies gelte nicht nur für die unterschiedliche Anfälligkeit von Männern und

Frauen, sondern auch für die unterschiedlichen Anpassungsstrategien im täglichen Leben.

Globale und nationale Handlungskonzepte zum Klimaschutz müssten Gender-Dimensionen klar berücksichtigen. Investitionen in den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel müssten einen Schwerpunkt auf den Bedarf der Frauen an „sauberen“ Energien legen. Dann könne der Klimawandel auch eine Chance sein, um die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen in Frage zu stellen und Veränderungen anzustoßen.

Auf dem Weg zum Kyoto-Nachfolgeabkommen

In einem Prozess wie dem unter der Klimarahmenkonvention können Chancen und Herausforderungen ins Bewusstsein der Regierungen gerückt werden, meinte June Budhooram vom Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Bei der Vorbereitungskonferenz zu den Klimaverhandlungen in Accra sei deutlich geworden, dass wichtige Anliegen der Entwicklungsländer – die Minderung der Armut und wirtschaftliches Wachstum – ohne Zugang zu Energie nicht erfüllbar sein werden. Die 15. Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen werde Mechanismen festlegen müssen, um die Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zum Klimaschutz zu unterstützen. Bezüglich der Anpassung an die Auswirkungen der Klimaveränderungen biete Kopenhagen die Gelegenheit, sinnvolle Finanzierungsmechanismen zu schaffen, durch die Anpassungsmaßnahmen insbesondere in den stark gefährdeten Ländern rasch umgesetzt werden können.

Christina Kamp

Weitere Informationen im Internet:

www.gendercc.net

Neue Realitäten im Energiesektor: Weltenergiebericht 2008

Für eine weltweite „Energie-Revolution“ durch Verbesserung der Energieeffizienz und verstärkte Nutzung emissionsarmer Energiequellen spricht sich die Internationale Energie-Agentur (IEA) anlässlich der

Präsentation des aktuellen Weltenergieberichts 2008 aus. Der World Energy Outlook (WEO) 2008 liefert Informationen über abnehmende Erdölreserven, höhere Energiepreise und zunehmende Treibhausgas-

emissionen. „Wir können nicht zulassen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise die Umsetzung der politischen Maßnahmen verzögert, die dringend nötig sind, um die Energieversorgung zu sichern und die zu-

nehmenden Treibhausgasemissionen zu reduzieren“, sagte IEA-Direktor Nobuo Tanaka. Der Bericht macht deutlich, dass die gegenwärtigen Trends in der Energieversorgung und im Verbrauch ganz offenkundig nicht nachhaltig sind.

Nach dem Referenz-Szenario des WEO 2008 wird der Primärenergiebedarf bis 2030 weltweit um 1,6 Prozent pro Jahr steigen. Das bedeutet für den Zeitraum seit 2006 einen Anstieg um 45 Prozent. Aufgrund der Wirtschaftskrise liegt die Schätzung in diesem Jahr etwas niedriger als noch im vergangenen Jahr. Auf China und Indien wird bis 2030 mehr als die Hälfte des zusätzlichen Energiebedarfs entfallen. Auch der Nahe Osten entwickelt sich zu einer neuen wichtigen Nachfrageregion.

Selbst unter günstigsten Annahmen bezüglich der steigenden Bedeutung alternativer Technologien wird Erdöl noch viele Jahre lang die wichtigste Energiequelle bleiben. Doch wo es herkommt, zu welchem Preis es gefördert wird und welchen Preis die Verbraucher dafür werden zahlen müssen, ist extrem unsicher.

Um die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre bei 550ppm CO₂-Äquivalente zu stabilisieren und damit den Temperaturanstieg auf ca. 3°C zu begrenzen, dürften die Emissionen bis 2030 um nicht mehr als 33 Gigatonnen ansteigen und müssten langfristig sinken. Der Anteil emissionsarmer Energiequellen müsste von 19 Prozent (2006) auf 26 Prozent (2030) steigen. Dafür wären zusätzliche

4,1 Billionen US-Dollar Investitionen in die Energie-Infrastruktur nötig. Andererseits ließen sich durch erhöhte Energieeffizienz Energiekosten in Höhe von sieben Billionen US-Dollar einsparen. Damit die Erderwärmung nicht mehr als 2°C beträgt, muss der Anteil emissionsarmer Energiequellen auf 36 Prozent steigen, was Investitionen in Höhe von 9,3 Billionen erfordert. Maßnahmen zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes helfen zugleich, die Energiesicherheit zu erhöhen.

World Energy Outlook 2008.

OECD/International Energy Agency (IEA), Paris, 2008. 600 Seiten.
ISBN 9789264045606.

-ck-

Metropolis-Konferenz kritisiert falsche Migrationspolitik

Die wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Mobilität im Waren- und Kapitalverkehr hat auch zu einer „Globalisierung der Migration“ geführt. Auf der internationalen Metropolis-Konferenz Ende Oktober 2008 in Bonn betonten Expertinnen und Experten die Notwendigkeit, mit Migrationsfragen proaktiv umzugehen.

Dabei wurde festgestellt, dass die Migration international nicht gut gesteuert werde. Auf nationaler Ebene werde bezüglich der Vor- und Nachteile der internationalen Migration oft von falschen Annahmen ausgegangen. Oft stünden die Nachteile und Kosten im Vordergrund, was zu kontraproduktiven Maßnahmen führe. Dazu gehören teure Grenzkontrollen, die will-

kürliche Auswahl der Migranten, die ins Land gelassen werden und derjenigen, die draußen bleiben müssen, und inflexible Migrationssysteme. All dies habe unerwünschte Auswirkungen: Hochqualifizierte Arbeitskräfte gingen woanders hin, weniger qualifizierte würden in die Illegalität gedrängt. Entgegen gängiger Annahmen wirke sich die Einwanderung auf

Migration auf der Tagesordnung der Weltbevölkerungskonferenzen

Bukarest 1974

Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 standen das rasche Wachstum der Weltbevölkerung und die Energie-Krise im Mittelpunkt. Die Konferenz setzte sich für soziale Leistungen für Migranten und ihre Familien ein, sprach sich gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aus und die Besorgnis, dass arme Länder durch 'brain drain' qualifizierte Arbeitskräfte verlieren könnten.

Mexiko 1984

Die Internationale Bevölkerungskonferenz 1984 in Mexiko-Stadt bekräftigte die Notwendigkeit, dass Regierungen Migranten in die Sozialsysteme einbeziehen und etwas gegen die Vorurteile in der Bevölkerung gegenüber Migranten tun sollten. Außerdem sollten sie die Familienzusammenführung fördern.

Kairo 1994

Die Internationale Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo brachte einige neue Ansätze auf den Weg. Sie betonte den positiven Beitrag der Migration zur Entwicklung, insbesondere durch die hohen Transferzahlungen der Migranten in ihre Heimatländer. Es wurde vorgeschlagen, eine Politik der „temporären Migration“ in Erwägung zu ziehen, um die entwicklungspolitischen Wirkungen zu stärken. Erneut wurde betont, wie wichtig es sei, Migranten nicht zu diskriminieren und Familien zusammenzuführen. Zudem nahm die Kairoer Konferenz verstärkt die Ursachen der Migration in den Blick.

Quelle: Vortrag von Bruno Salzmann auf dem Workshop „UN Policy on International Migration: Historical and Political Aspects“ der DGfV am 28.10.2008 auf der Metropolis-Konferenz in Bonn.

-ck-

den Wohlfahrtsstaat nicht negativ aus, sondern die Wirtschaft der Einwanderungsländer profitiere davon. Dabei hingen die wirtschaftlichen Vorteile nicht nur von den hochqualifizierten Zuwanderern ab

sondern ebenso von den weniger qualifizierten.

-ck-

Weitere Informationen im Internet:

www.international.metropolis.net

www.metropolis2008.org

Bericht zum Metropolis-Workshop „New Directions in the United Nations Migration Policy“ unter <http://www.metropolis2008.org/pdf/report/report-28-10-2008.pdf> (Seite 37)

Heimat in der Fremde: Inder in Deutschland

Sie führen ein bürgerliches Leben und sind in der Regel gut in die deutsche Gesellschaft integriert. Viele der Inderinnen und Inder in Deutschland haben einen Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene Ausbildung. Sie arbeiten erfolgreich in Industrie, Forschung und Lehre, in Schulen oder in der Kranken- und Altenpflege, und sie gehören zu den ausländischen Bevölkerungsgruppen mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland. Anhand der persönlichen Lebensgeschichten indischer Migrantinnen und Migranten in

Deutschland zeigt das Buch „Heimat in der Fremde“, herausgegeben von Jose Punnamparambil für die Zeitschrift „Meine Welt“, wie sich das Leben zwischen zwei Welten in der Praxis darstellen kann, und welche unerwarteten Wege es manchmal einschlägt. Während viele der Migranten zunächst einen zeitlich begrenzten Aufenthalt in Deutschland ins Auge gefasst hatten, führten die beruflichen oder Familienumstände nicht selten dazu, dass sie schließlich blieben. „Leider gibt es das Wort Heimat nicht in der

Mehrzahl“, schreibt eine der Autorinnen, denn viele der Migranten fühlen sich in Deutschland mittlerweile ebenso zuhause wie in Indien.

Heimat in der Fremde. Migrationsgeschichten von Menschen aus Indien und Deutschland. Hg. Meine Welt. Draupadi Verlag, Heidelberg, 2008. 287 Seiten. ISBN 978-3-937603-30-8.

Christina Kamp

Weltbevölkerung auf neuem Höchststand

Zum Jahreswechsel 2008/2009 leben etwa 6.751.643.600 Menschen auf der Erde. Das sind fast 82 Millionen Menschen mehr als im Jahr zuvor. Im Jahr 2009 wird die Welt-

bevölkerung voraussichtlich erneut um die Einwohnerzahl Deutschlands wachsen, und dies fast ausschließlich in Entwicklungsländern. Diese Zahlen gab die Deut-

sche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) zum Jahresende 2008 bekannt.

-ck-

Weltgesundheitsbericht 2008

Beim Ausbau ihrer Gesundheitssysteme orientieren sich viele Länder am Konzept der medizinischen Grundversorgung. In ihrem Weltgesundheitsbericht 2008 untersucht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Prinzipien des allgemeinen Zugangs und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit als entscheidende Grundlagen für eine „Gesundheitsversorgung für alle“, wie sie bereits auf der Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1978 in Alma Ata (heute Almaty, Kasachstan) postuliert wurde. Die Erfahrungen der vergangenen 30 Jahre hätten gezeigt, dass Gesundheitssysteme, die man sich selbst überlässt, sich nicht so entwi-

ckeln, dass eine gerechte Grundversorgung der Bevölkerung gewährleistet ist. Auch Kosteneffizienz werde dadurch nicht erreicht.

Der Bericht identifiziert daher vier miteinander zusammenhängende Reformbereiche. Um Gesundheitssysteme gerechter zu machen, muss der allgemeine Zugang gewährleistet und die Bevölkerung sozial abgesichert werden. Ausgrenzung, zum Beispiel durch hohe Kosten der medizinischen Versorgung, muss verhindert werden. Die Dienstleistungen des Gesundheitswesens müssen sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen orientieren. Durch bessere politische Handlungskon-

zepte in den verschiedensten Bereichen lässt sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessern, zum Beispiel was die allgemeine Hygiene oder die Gesundheitsvorsorge angeht. Nicht zuletzt muss das Gesundheitswesen auf effektivere Leitungsstrukturen, „lernende Organisationen“ und die Beteiligung unterschiedlicher Interessengruppen setzen.

World Health Report 2008. Primary Health Care now more than ever. World Health Organization (WHO), Genf, 2008. 120 Seiten. ISBN 9789241563734.

-ck-